

Fassung vom 9. September 1998, gültig ab 1. Oktober 1998, 19. September 1998
SN,
1. Januar 1999 SN
Zitierdatum 9. September 1998

Schiffssicherheitsgesetz SchSG

BGBl I 1998, 2860

Fassung vom 9. September 1998, gültig ab 1. Oktober 1998

§ 1

Zielsetzung und Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz dient der einheitlichen und wirksamen Durchführung der geltenden internationalen Schiffssicherheitsregelungen zur Gewährleistung der Sicherheit auf See einschließlich des damit unmittelbar im Zusammenhang stehenden Arbeitsschutzes von Beschäftigten auf Seeschiffen und des Umweltschutzes auf See. Es gilt für die gesamte Seefahrt.

(2) Internationale Schiffssicherheitsregelungen im Sinne dieses Gesetzes sind die in den Abschnitten A bis C der Anlage aufgeführten Vorschriften des innerstaatlich geltenden Völkerrechts und die in Abschnitt D der Anlage aufgeführten Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften in der jeweils angegebenen Fassung. Internationale Schiffssicherheitsnormen im Sinne dieses Gesetzes sind die in Abschnitt E der Anlage aufgeführten in Deutschland als anwendbare anerkannte Regeln der Technik oder der seemännischen Praxis bekanntgemachten Vorschriften in der jeweils angegebenen Fassung.

(3) Dieses Gesetz gilt, vorbehaltlich der Bestimmung des § 6 Abs. 3, nicht für

1. das Verhalten der Schiffsführung in bezug auf den Verkehr und die Fahrtroute einschließlich der darauf bezogenen Regelungen zur Gefahrenabwehr, Meldung und Hilfeleistung sowie zur Anbringung und Verwendung von Lichtern und Signalen,
2. die Durchführung des Seemannsgesetzes einschließlich der beruflichen Ausbildung, Prüfung und Befähigung des Seefahrtspersonals und der darauf bezogenen Nachweise,
3. die Beförderung gefährlicher Güter im Sinne des § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 des Seeaufgabengesetzes und im Sinne des Atomgesetzes,
4. die Durchführung des Sozialgesetzbuchs,
5. die Durchführung des Fischereirechts sowie

6. den Warenverkehr einschließlich der Sicherheit nach dem Gerätesicherheitsgesetz und nach dem Produktsicherheitsgesetz.

=====

Fassung vom 9. September 1998, gültig ab 1. Oktober 1998

§ 2

Anwendung auf Schiffe

(1) Die Vorschriften dieses Gesetzes sind auf Schiffe anzuwenden, die die Bundesflagge führen oder als Binnenschiffe in einem deutschen Schiffsregister eingetragen sind.

(2) Sie sind auch auf Schiffe unter ausländischer Flagge und ausländische Binnenschiffe anzuwenden, mit denen Küstenschifffahrt im Sinne des Gesetzes über die Küstenschifffahrt betrieben wird.

(3) Soweit sich aus den internationalen Schiffssicherheitsregelungen nichts Abweichendes ergibt, sind die Vorschriften dieses Gesetzes auf andere als die in den Absätzen 1 und 2 genannten Schiffe nur im Rahmen einer Durchsetzung, die mit den allgemeinen Regeln des Völkerrechts und mit dem Seerechtsübereinkommen der

Vereinten Nationen im Einklang steht, nach den folgenden Grundsätzen anwendbar:

1. In den deutschen Hoheitsgewässern sind internationale Schiffssicherheitsregelungen hinsichtlich
 - a) der Zeugnisse, Aufzeichnungen und sonstigen Dokumente sowie
 - b) der Bauart, Bauausführung, Ausrüstung und Besatzungvorbehaltlich der Nummern 3 bis 5 nur anwendbar, wenn sie in Abschnitt A oder Abschnitt C der Anlage genannt sind.
2. In der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone sind die in den Abschnitten A und C der Anlage genannten Regelungen anwendbar.
3. Die in Abschnitt B der Anlage genannten Regelungen sind auf Schiffe anwendbar, soweit sich ihr Flaggenstaat zu ihrer Anwendung verpflichtet hat.
4. Für das Schiff übernommene oder für ausländische Staatsangehörige geltende weitergehende zusätzliche Verpflichtungen zur Anwendung von Schiffssicherheitsvorschriften bleiben von den Nummern 1 bis 3 unberührt. Zusätzliche Verpflichtungen in diesem Sinne sind für Schiffe unter der Flagge eines Mitgliedstaats der Europäischen Union auch Verpflichtungen auf Grund der in § 14 Abs. 1 und in Abschnitt D der Anlage genannten Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften.
5. Die in Abschnitt D der Anlage genannten Regelungen in bezug auf Fischereifahrzeuge sind, soweit mit diesen in den deutschen Hoheitsgewässern Fischfang ausgeübt oder in einem deutschen Hafen Fang angelandet wird, nach Maßgabe dieses Gesetzes auf Fischereifahrzeuge anwendbar, die nicht die Flagge eines Mitgliedstaats führen.
6. Die in Abschnitt E der Anlage aufgeführten internationalen

Schiffssicherheitsnormen sind auf ausländische Schiffe vorbehaltlich der Nummer 4 nicht anwendbar.

(4) Auf Schiffe der Bundeswehr und der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger sowie auf Schiffe unter ausländischer Flagge, die im Dienst ausländischer Staaten ausschließlich für andere als Handelszwecke genutzt werden, sind die Vorschriften dieses Gesetzes nicht anwendbar.

=====

Fassung vom 9. September 1998, gültig ab 1. Oktober 1998

§ 3

Grundsatz

Wer ein Schiff zur Seefahrt einsetzt, ist verpflichtet, für dessen sicheren Betrieb und insbesondere dafür zu sorgen, dass es samt seinem Zubehör in betriebssicherem Zustand gehalten und sicher geführt wird und dass die notwendigen Vorkehrungen zum Schutze Dritter und der Meeresumwelt vor Gefahren aus dem Betrieb getroffen werden. Dies umfasst auch, dass Personen, die in dem Schifffahrtsunternehmen und auf dem Schiff hierfür beauftragt werden, wirksam ausgewählt, angeleitet, unterrichtet, beobachtet und unterstützt werden.

=====

Fassung vom 9. September 1998, gültig ab 1. Oktober 1998

§ 4

Einheitliche Durchführung völkerrechtlicher Regelungen

Soweit sich aus den innerstaatlichen Rechtsvorschriften, die die in den Abschnitten A und B der Anlage genannten internationalen Schiffssicherheitsregelungen umsetzen, bestimmte Pflichten ergeben, die durch Personen, Organisationen oder Unternehmen - auch für bestimmte Schiffe oder Schiffe bestimmter Baujahre von oder bis zu einem bestimmten Zeitpunkt - zu erfüllen sind (Anforderungen), ohne daß hierfür bestimmte Personen, Organisationen oder Unternehmen als verantwortlich genannt sind, gelten für die Verantwortlichkeit hinsichtlich der Erfüllung dieser Anforderungen die in den §§ 7 bis 9 enthaltenen einheitlichen Grundsätze. Bei der Erfüllung der Pflichten sind die in Abschnitt C der Anlage genannten Bestimmungen zugrunde zu legen.

=====

Fassung vom 9. September 1998, gültig ab 1. Oktober 1998

§ 5

Umsetzung von Verpflichtungen in Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaften *)

(1) Soweit die in Abschnitt D der Anlage genannten Schiffssicherheitsregelungen der Europäischen Gemeinschaften durch Verpflichtung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union darauf abzielen, daß in ihnen genannte Personen, Organisationen oder Unternehmen bestimmte Pflichten einzuhalten haben, sind die sich daraus ergebenden Pflichten von den jeweils Genannten zu erfüllen; diese sind insoweit für die Einhaltung der Regelungen verantwortlich.

(2) Soweit die in Abschnitt D der Anlage genannten Schiffssicherheitsregelungen der Europäischen Gemeinschaften auf die Einhaltung bestimmter Pflichten von Personen, Organisationen oder Unternehmen abzielen, ohne daß hierfür bestimmte Personen, Organisationen oder Unternehmen als verantwortlich genannt sind, gelten für die Verantwortlichkeit hinsichtlich der Erfüllung der sich daraus ergebenden Pflichten die §§ 7 bis 9 entsprechend.

*) Diese Bestimmung dient der Umsetzung der in Abschnitt D der Anlage genannten gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften.

=====
Fassung vom 29. Oktober 2001, gültig ab 7. November 2001

§ 6

Ergänzende Pflichten

(1) Der Schiffseigentümer hat ein Seeschiff, das in ein deutsches Schiffsregister eingetragen wird, zuvor im Einklang mit den internationalen Schiffssicherheitsregelungen amtlich vermessen zu lassen; er hat der hierfür zuständigen Behörde nachträgliche Änderungen des baulichen Zustands anzuzeigen.

Dasselbe gilt für ein Binnenschiff, dessen Vermessung nach den internationalen Schiffssicherheitsregelungen vorausgesetzt wird.

(2) Bis zum 31. Dezember 2002 hat der Eigentümer eines in § 2 Abs. 1 genannten Schiffes die Vorschriften der Schiffssicherheitsverordnung in der Fassung vom 3. September 1997 (BGBl. I S. 2217) einzuhalten, soweit sie für ein solches Schiff Prüfungen, Zulassungen und Durchsetzungsmaßnahmen nach den Nummern 9, 17, 21, 21a und 25 der Anlage 7 der Verordnung vorschreiben.

(3) Der Schiffsführer hat - falls nicht anders vorgeschrieben, im Schiffstagebuch - unverzüglich durch geeignete Eintragungen über alle Vorkommnisse an Bord zu berichten, die für die Sicherheit in der Seefahrt einschließlich des Umweltschutzes auf See und des Arbeitsschutzes von besonderer Bedeutung sind. Bei Schiffsunfällen hat der Schiffsführer, soweit erforderlich

und möglich, für die Sicherstellung der Eintragungsunterlagen zu sorgen.

(4) Die Anwendung der in Abschnitt E der Anlage aufgeführten internationalen Schiffssicherheitsnormen als allgemein anerkannte Regeln der Technik bleibt unberührt. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen macht den Abschnitt E betreffende Änderungen und Ergänzungen im Bundesanzeiger bekannt. Fußnoten.

§ 6 Abs. 4 Satz 2: IdF d. Art. 278 V v. 29.10.2001 I 2785 mWv 7.11.2001

=====

Fassung vom 9. September 1998, gültig ab 1. Oktober 1998

§ 7

Sicherheitsorganisation, bauliche Beschaffenheit und Ausrüstung der Schiffe

Für die Erfüllung von Anforderungen, die

1. die Organisation der Geschäftsführung, innerbetrieblichen Überwachung, Konzepte und Verfahren für die schiffsbezogene Sicherheit einschließlich der Sicherheit am Arbeitsplatz und der Verhütung der Meeresverschmutzung an Bord und an Land,
2. die Bauart, die Bauausführung und den baulichen Zustand der Schiffe, die Bauteile, die Freibordmarke sowie die Vorhaltung der erforderlichen Zeugnisse, Bescheinigungen und sonstigen Unterlagen oder
3. die schiffsbezogenen nautischen und technischen Ausrüstungsgegenstände und System der Schiffe, auch der Funkausrüstung, einschließlich Zubehör, Anlagen und an Bord erforderlicher amtlicher Seekarten, Seebücher und sonstiger Veröffentlichungen sowie die Vorhaltung der erforderlichen Zeugnisse, Bescheinigungen und sonstigen Nachweise einschließlich der Ausweisung amtlicher Typenzulassungen hierüber

betreffen, ist der Schiffseigentümer verantwortlich.

=====

Fassung vom 9. September 1998, gültig ab 1. Oktober 1998

§ 8

Verhalten beim Schiffsbetrieb

(1) Für die Erfüllung von Anforderungen hinsichtlich des Verhaltens beim Schiffsbetrieb an Bord, die den Wachdienst, das Mitführen, Stauen und Sichern von Ladung oder Ballast, das Waschen von Tanks, das Einleiten von Schadstoffen, die Müllbeseitigung, die Durchführung von Übungen, die Notfallbekämpfung, die

Vornahme von Aufzeichnungen und Eintragungen, das Veranlassen von Unterrichtungen und Meldungen über Vorgänge beim Bordbetrieb sowie das Mitführen und Vorlegen von Zeugnissen, Bescheinigungen und einschlägigen Unterlagen betreffen, ist der Schiffsführer verantwortlich.

(2) Für die Erfüllung sonstiger Anforderungen hinsichtlich des Verhaltens beim Schiffsbetrieb einschließlich der Regelungen, die die sichere Bemannung samt Vorsorge für die Verständigung bei der Tätigkeit des Bordpersonals, die Einhaltung des zulässigen Freibords, die Notfallplanung und -vorsorge, das Veranlassen von Besichtigungen und Kontrollen, das Erhalten des Zustands des Schiffes sowie die Anzeige und das Unterlassen bestimmter Veränderungen betreffen, sind der Schiffseigentümer und der Schiffsführer verantwortlich.

=====

Fassung vom 9. September 1998, gültig ab 1. Oktober 1998

§ 9

Verantwortliche Personen

(1) Verantwortlich im Sinne dieses Gesetzes sind,

1. soweit der Schiffseigentümer verantwortlich ist, auch
 - a) der oder die Miteigentümer, bei Partenreedereien der Korrespondentreeder oder, wenn ein solcher nicht bestellt ist, die Mitreeder,
 - b) der gesetzliche Vertreter des Eigentümers und bei juristischen Personen das vertretungsberechtigte Organ,
 - c) bei Personenhandelsgesellschaften der vertretungsberechtigte Gesellschafter sowie
 - d) Personen, die ihm gegenüber die Verantwortung für den Betrieb des Schiffes übernommen haben, wobei die Buchstaben b und c entsprechend anzuwenden sind,
2. soweit der Schiffsführer verantwortlich ist, auch Personen, die mit Aufgaben der Sicherheit des Schiffes beauftragt sind, im Rahmen der ihnen übertragenen Aufgaben und Befugnisse,
3. Personen, die es sonst gegenüber einem Verantwortlichen übernommen haben, nach diesem Gesetz ihm obliegende Aufgaben verantwortlich wahrzunehmen, im Rahmen dieser Aufgaben und ihrer Befugnisse.

(2) Die Verantwortlichkeit der in Absatz 1 Nr. 1 Buchstabe d genannten Personen hinsichtlich der Sicherheitsorganisation im Sinne des § 7 Nr. 1 sowie des Verhaltens beim Schiffsbetrieb im Sinne des § 8 Abs. 2 und bei der Überwachung im Sinne des § 10 Abs. 1 tritt während der Dauer der tatsächlichen Betriebsführung an die Stelle der entsprechenden Verantwortlichkeit des

Schiffseigentümers.

(3) Die Verantwortlichkeit nach anderen Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

=====

Fassung vom 9. September 1998, gültig ab 1. Oktober 1998

§ 10

Überwachung

(1) Der Schiffseigentümer und der Schiffsführer haben auf Anforderung der zuständigen Behörde die amtliche Überwachung der Einhaltung der internationalen Schiffssicherheitsregelungen und der darauf beruhenden Pflichten zu ermöglichen.

(2) Die Durchführung, Überwachung und Durchsetzung dieser Regelungen einschließlich der in ihnen vorgeschriebenen Schiffsbesichtigungen, Prüfungen, Zulassungen oder Auflagen und einschließlich der Zuständigkeit für die jeweiligen behördlichen Aufgaben richten sich insbesondere nach dem Seeaufgabengesetz, dem MARPOL-Gesetz und den auf der Grundlage dieser Gesetze

erlassenen Rechtsvorschriften und durch die Organe des Bundes getroffenen Vereinbarungen einschließlich der Vereinbarungen über die Ausübung der schiffahrtspolizeilichen Vollzugsaufgaben.

(3) Die Behörden des Bundes arbeiten zur Durchführung und Durchsetzung der internationalen Schiffssicherheitsregelungen in wirksamer Weise mit den zuständigen Behörden anderer Staaten und mit internationalen Organisationen zusammen.

(4) Wird in den internationalen Schiffssicherheitsregelungen auf die "Regierung" oder "Verwaltung" Bezug genommen, so ist dies, falls nichts anderes vorgesehen ist, die Regierung oder Verwaltung des jeweiligen Flaggenstaats.

(5) Die Verantwortlichkeit der in diesem Gesetz oder in sonstigen Rechtsvorschriften Genannten bleibt unberührt.

=====

Fassung vom 9. September 1998, gültig ab 1. Oktober 1998

§ 11

Behördliche Aufgaben aufgrund von Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaften *)

(1) Die im Sinne des § 10 Abs. 2 zuständigen Behörden des Bundes haben -

hinsichtlich der schiffahrtspolizeilichen Vollzugsaufgaben unbeschadet der Vereinbarungen über deren Ausübung im Sinne des § 3 Abs. 2 des Seeaufgabengesetzes - jeweils die Überprüfungs-, Gestaltungs- und Eingriffsbefugnisse, -aufgaben und -pflichten, die die in Abschnitt D der Anlage genannten Einzelregelungen den Mitgliedstaaten zur Verwaltung oder ihren Verwaltungsbehörden für einen Fall vorbehalten oder zuweisen. Im Rahmen der genannten Befugnisse können sie die erforderlichen Anordnungen treffen, um Gefahren und schädliche Umwelteinwirkungen zu verhüten und abzuwehren; sie können im Einklang mit den genannten Regelungen Ausnahmen zulassen.

(2) Die Zeugnisse und Bescheinigungen, die für den Nachweis der Einhaltung der Anforderungen und Pflichten nach den Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaften

in Abschnitt D der Anlage erforderlich sind, werden in Übereinstimmung mit diesen Vorschriften ausgestellt, erteilt, geändert, bestätigt, verlängert, anerkannt, zugelassen und angewendet, eingeschränkt, zurückgewiesen, für ungültig erklärt, eingezogen oder verwahrt.

*) Diese Bestimmung dient der Umsetzung der in Abschnitt D der Anlage genannten gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften.

=====

Fassung vom 9. September 1998, gültig ab 1. Oktober 1998

§ 12

Ermessensbindung

Wird in den internationalen Schiffssicherheitsregelungen die Ausfüllung eines vorgeschriebenen Standards ausdrücklich in das Ermessen der Verwaltung gestellt, so berücksichtigt die zuständige Behörde bei der Ermessensausübung die für diesen Fall von der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation oder einer anderen für diesen Bereich zuständigen zwischenstaatlichen Organisation beschlossenen Empfehlungen, nachdem sie sie an geeigneter Stelle in deutscher Sprache bekannt gemacht hat.

=====

Fassung vom 9. September 1998, gültig ab 1. Oktober 1998

§ 13

Maßnahmen bei Verstößen

(1) Bei der Anordnung von Maßnahmen wegen eines Verstoßes gegen internationale Schiffssicherheitsregelungen und Pflichten nach diesem Gesetz richten sich die

zuständigen Behörden auch nach den hierfür in diesen Regelungen sowie nach dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen von 1982 vorgeschriebenen Regeln, Verfahren und Gebräuchen.

(2) Ein Zeugnis über die Erfüllung der einschlägigen Vorschriften, das nach Regel IX/4.1 des in Abschnitt A der Anlage unter Nummer 1 genannten Übereinkommens ausgestellt wurde, sowie ein Zeugnis über die Organisation von Sicherheitsmaßnahmen, das nach Regel IX/4.3 dieses Übereinkommens ausgestellt wurde, kann von der erteilenden Stelle für ungültig erklärt und eingezogen werden, wenn der Verantwortliche nach Ablauf einer von dieser Stelle gesetzten Nachfrist die periodische Nachprüfung nicht rechtzeitig beantragt hat oder wenn in erheblichem Umfang gegen internationale Schiffssicherheitsregelungen hinsichtlich der Sicherheitsorganisation verstoßen wird.

=====

Fassung vom 9. September 1998, gültig ab 1. Oktober 1998

§ 14

Überprüfung von Schiffen unter ausländischer Flagge *)

(1) Die Überprüfung von Schiffen unter ausländischer Flagge erfolgt unter Beachtung der allgemeinen Regeln des Völkerrechts und der internationalen Schiffssicherheitsregelungen, in den Häfen zugleich unter Einhaltung der Vorschriften, die zur Umsetzung der Richtlinie 95/21/EG und deren gemeinschaftsrechtlicher Änderungen und Ergänzungen erlassen werden.

(2) Kann ein nach Abschnitt A der Anlage erforderlicher Nachweis ausschließlich deshalb nicht anerkannt werden, weil der Flaggenstaat nicht Vertragspartei der zugrundeliegenden internationalen Schiffssicherheitsregelung ist, so ist als Schiffssicherheitsanforderung insofern ein Standard einzuhalten, der den Zielen der internationalen Schiffssicherheitsregelungen nach Maßgabe der Schiffssicherheitsverordnung entspricht.

*) Diese Bestimmung dient zugleich der Umsetzung folgender Vorschriften: Richtlinie 95/21/EG des Rates vom 19. Juni 1995 zur Durchsetzung internationaler Normen für die Schiffssicherheit, die Verhütung von Verschmutzung und die Lebens- und Arbeitsbedingungen an Bord von Schiffen, die Gemeinschaftshäfen anlaufen und in den Hoheitsgewässern der Mitgliedstaaten fahren (Hafenstaatkontrolle); Artikel 8 und 10 der Richtlinie 94/58/EG des Rates vom 22. November 1994 über Mindestanforderungen für die Ausbildung von Seeleuten.

=====

Fassung vom 29. Oktober 2001, gültig ab 7. November 2001

§ 15

Rechtsetzungsermächtigung

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen wird ermächtigt, zur Abwehr von Gefahren im Sinne des Seeaufgabengesetzes durch Rechtsverordnung die

Anlage in Anpassung an den Gesamtbestand der völkerrechtlich als verbindlich angenommenen und aufgrund innerstaatlichen Rechts anzuwendenden oder gemeinschaftsrechtlich in Kraft getretenen schiffsbezogenen Sicherheitsregelungen zu ändern.

Fußnoten:

§ 15: IdF d. Art. 278 V v. 29.10.2001 I 2785 mWv 7.11.2001

Sonstige Verweisungen

<001> SchSG; +++ Ermächtigung; + ab 7. November 2001; Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen; + Rechtsverordnung;

=====
=====

Fassung vom 24. August 2001, gültig ab 17. Februar 2002 bis 30. November 2002

SchSG Anlage

Zum Schiffssicherheitsgesetz Internationaler schiffsbezogener
Sicherheitsstandard

(Fundstelle des Originaltextes: BGBl. I 1998, 3014 - 3022;
bzgl. der einzelnen Änderungen vgl. Fußnote)

A. Allgemein anerkannte völkerrechtliche Regeln und Normen:

- I. Internationales Übereinkommen von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See mit Anlage und Anhang sowie Protokoll von 1978 zu diesem Übereinkommen (SOLAS)
(BGBl. 1979 II S. 141);
 - Bekanntmachung der Neufassung des Übereinkommens in der amtlichen deutschen Übersetzung vom 18. September 1998 (BGBl. 1998 II S. 2579; 2001 II S. 58)
- I.0.1 Änderung vom Juni 1997 (MSC.65(68))
Angenommen am 4. Juni 1997
(BGBl. 1998 II S. 2549, 1999 II S. 75)
- I.0.2 Änderung vom November 1997
Angenommen am 27. November 1997 durch EntschlieÙung 1 der Vertragsstaatenkonferenz
(BGBl. 1998 II S. 2549, 1999 II S. 75)
- I.0.3 Änderung vom Mai 1999 (MSC.87(71)) Angenommen am 27. Mai 1999
(BGBl. 2000 II S. 1556)
- I.1 Zu Kapitel I der Anlage zu SOLAS (Allgemeine Bestimmungen):
Das in Abschnitt B Ziffer VII genannte Protokoll von 1988 hat Vorschriften dieses Kapitels I im Verhältnis zwischen seinen Vertragsparteien abgelöst und aufgehoben; es ist für alle davon betroffenen Schiffe, die die Bundesflagge führen, verbindlich.
- I.2/1 Zu Kapitel II-1 der Anlage zu SOLAS (Bauart - Bauweise, Unterteilung und Stabilität, Maschinen und elektrische Anlagen):
--
- I.2/2 Zu Kapitel II-2 der Anlage zu SOLAS (Bauart - Brandschutz, Feueranzeige und Feuerlöschung):
Zu Regel 3:
Internationaler Code für die Anwendung von Brandprüfverfahren
(MSC.61(67))
Angenommen am 5. Dezember 1996
(VkB1. 1998 S. 387, Anlagenband B 8058)
Zu Regel 18.8:
Standards für Hubschraubereinrichtungen an Bord (Einschließung der 20. Versammlung der IMO - Entschl. - A.855(20))
Angenommen am 27. November 1997
(VkB1. 2000 S. 610, 613)
- I.3 Zu Kapitel III der Anlage zu SOLAS (Rettungsmittel und -vorrichtungen):

- Internationaler Rettungsmittel-(LSA-)Code (MSC.48(66))
 Angenommen am 4. Juni 1996
 (BAnz. Nr. 118a vom 1. Juli 1998)
 Zu Regel 4 (in Verbindung mit Regel 1.2.7 und 1.2.2.7 des LSA-Codes):
 Gebrauch und Anbringung von retroreflektierendem Material an
 Rettungsmitteln (Entschließung der 16. Versammlung der
 IMO-Entschl.-A.658(16))
 Angenommen am 19. Oktober 1989
 (VkBl. 1998 S. 892, Anlagenband B 8119)
 Zu Regel 9.2.3:
 Symbole für Rettungsmittel und -vorrichtungen (Entschl.A.760(18))
 Angenommen am 4. November 1993
 (VkBl. 1998 S. 892, Anlagenband B 8119)
 - Änderung von 1998 (MSC.82(70)) vom 11. Dezember 1998 (VkBl. 1999
 S. 434, Anlagenband B 8123)
- I.4 Zu Kapitel IV der Anlage zu SOLAS (Funkverkehr):
 Zu Regel 12.3:
 Sofern durchführbar, Unterhaltung einer ununterbrochenen Hörwache auf
 UKW-Kanal 16 bis einschließlich 1. Februar 2005 auf mit GMDSS
 ausgerüsteten Schiffen (MSC.77(69) Nummer 1)
 Angenommen am 13. Mai 1998
 (VkBl. 1999 S. 122)
- I.5 Zu Kapitel V der Anlage zu SOLAS (Sicherung der Seefahrt):
 Zu Regel 12 (- hinsichtlich der Verwendung der Ausrüstung an Bord -)
 a) Leistungsanforderungen an Magnet-Regelkompass und
 Magnet-Steuerkompass (Entschl.A.382(X))
 Angenommen am 14. November 1977
 (VkBl. 1998 S. 892, Anlagenband B 8119)
 b) Leistungsanforderungen an Radargeräte (Entschl.A.477(XII)) und
 Entschl.A.278(VIII))
 Angenommen am 20. November 1973 und am 19. November 1981
 (VkBl. 1998 S. 892, Anlagenband B 8119)
- I.6 Zu Kapitel VI der Anlage zu SOLAS (Beförderung von Ladung):
 Zu Regel 2:
 Code für die sachgerechte Stauung und Sicherung von Ladung (CSS-Code)
 (Entschl. A.714(17)), veröffentlicht als Bekanntmachung der
 inhaltsgleichen Richtlinien für die sachgerechte Stauung und Sicherung
 von Ladung bei der Beförderung mit Seeschiffen (MSC./Rundschreiben 530
 vom 11. Juni 1990),
 Angenommen am 6. November 1991
 (BAnz. Nr. 8a vom 12. Januar 1991)
 - Änderungen von 1994 und 1995 (MSC./Rundschreiben 664 vom 22.
 Dezember 1994 und MSC./Rundschreiben 691 vom 1. Juni 1995)
 (BAnz. Nr. 85a vom 7. Mai 1996)
 - Änderungen von 1996 und 1997 (MSC./Rundschreiben 740 vom 14. Juni
 1996 und MSC./Rundschreiben 812 vom 16. Juni 1997)
 (VkBl. 1998 S. 892, Anlagenband B 8119)
 Zu Regel 9(1):
 Internationaler Code für die sichere Beförderung von Schüttgetreide
 (MSC.23(59))
 Angenommen am 23. Mai 1991

- (BAnz. Nr. 213a vom 11. November 1993)
I.7 Zu Kapitel VII der Anlage zu SOLAS (Beförderung gefährlicher Güter):
(unter dem Vorbehalt des § 1 Abs. 3 Nr. 3 dieses Gesetzes)¹⁾

Zu Regel 8:

Internationaler Code für den Bau und die Ausrüstung von Schiffen zur
Beförderung gefährlicher Chemikalien als Massengut (IBC-Code)
(MSC.4(48))

Angenommen am 17. Juni 1983

(BAnz. Nr. 125a vom 12. Juli 1986)

- Änderung von 1987 (MSC.10(54) und MEPC.19(22))
(BAnz. Nr. 166a vom 8. September 1987)
- Änderung von 1989 (MSC.14(57))
(BAnz. Nr. 13a vom 19. Januar 1991)
- Änderung von 1990 (MSC.16(58))
(BAnz. Nr. 144a vom 3. August 1994)
- Änderung von 1992 (MSC.28(61))
(BAnz. Nr. 67a vom 9. April 1994)
- Änderungen von 1996 (MSC.50(66) und MSC.58(67))
(BAnz. Nr. 89a vom 14. Mai 1998)

Zu Regel 11:

Internationaler Code für den Bau und die Ausrüstung von Schiffen zur
Beförderung verflüssigter Gase als Massengut (IGC-Code) (MSC.5(48))

Angenommen am 17. Juni 1983

(BAnz. Nr. 125a vom 12. Juli 1986)

- Änderung von 1990 (MSC.17(58))
(BAnz. Nr. 144a vom 3. August 1994)
- Änderung von 1992 (MSC.30(61))
(BAnz. Nr. 67a vom 9. April 1994)
- Änderungen von 1994 und 1996 (MSC.32(63) und MSC.59(67))
(BAnz. Nr. 89a vom 14. Mai 1998)

Zu Regel 14:

Internationaler Code für die sichere Beförderung von verpackten
bestrahlten Kernbrennstoffen, Plutonium und hochradioaktiven Abfällen
mit Seeschiffen (INF-Code) (MSC.88(71))

Angenommen am 27. Mai 1999

(BAnz. 2000 S. 23322, 2001 S. 3318)

- 1) Vgl. § 1 der Gefahrgutverordnung See vom 4. März 1998 (BGBl. I S. 419)

- I.8 Zu Kapitel VIII der Anlage zu SOLAS (Reaktorschiffe):

--

- I.9 Zu Kapitel IX der Anlage zu SOLAS (Sicherheitsorganisation):

Zu Regel 3:

Internationaler Code für Maßnahmen zur Organisation eines sicheren
Schiffsbetriebes und der Verhütung der Meeresverschmutzung
(Internationaler Code für sichere Schiffsbetriebsführung) (ISM-Code)
(Entschl.A.741(18))

Angenommen am 4. November 1993

(BAnz. 1995 S. 2732)

Zu Regel 6.3:

Nummer 3.3 der Richtlinien für die Umsetzung des ISM-Codes durch die

- Verwaltungen (Entschl.A. 788(19))
Angenommen am 23. November 1995
(BAnz. S. 12 798)
- I.10 Zu Kapitel X der Anlage zu SOLAS (Sicherheitsmaßnahmen für Hochgeschwindigkeitsfahrzeuge):
- Nur soweit das Schiff ein Sicherheitszeugnis für Hochgeschwindigkeitsfahrzeuge führt -:
Internationaler Code für die Sicherheit von Hochgeschwindigkeitsfahrzeugen (HSC-Code) (MSC.36(63))
Angenommen am 20. Mai 1994
(BAnz. Nr. 21a vom 31. Januar 1996)
Zu Abschnitt 13.13 des HSC-Codes (- hinsichtlich der Verwendung der Ausrüstung an Bord -):
Leistungsanforderungen an Radargeräte für Hochgeschwindigkeitsfahrzeuge (Entschl.A.820(19))
Angenommen am 23. November 1995
(VkBl. 1998 S. 892, Anlagenband B 8119)
- I.11 Zu Kapitel XI der Anlage zu SOLAS (Besondere Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit der Schifffahrt):
- Zu Regel 2:
Richtlinien über das verbesserte Besichtigungsprogramm bei der Überprüfung von Massengutfrachtern und Öltankern (Entschl.A.744(18))
Angenommen am 4. November 1993
- Änderung von 1996 (MSC.49(66))
 - Änderung von 1997 (Entschl. 2 der Vertragsstaatenkonferenz von 1997)
(VkBl. 1998 S. 892, Anlagenband B 8119, und VkBl. 1999 S. 434, Anlagenband B 8123)
- Zu Regel 3:
IMO-System für die Schiffsidentifikationsnummern (Entschl.A.600(15))
Angenommen am 19. November 1987
(VkBl. 1998 S. 385)
- I.12 Zu Kapitel XII der Anlage zu SOLAS (Zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen für Massengutschiffe):
- Zu den Regel 3, 4.1, 4.2, 5 und 8.3:
Auslegung zu den Bestimmungen des Kapitels XII SOLAS (MSC.89(71))
Angenommen am 28. Mai 1999
(VkBl. 2000 S. 30)
- II. Internationales Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe und Protokoll von 1978 zu diesem Übereinkommen (MARPOL) mit Anlagen I, II, III und V sowie Anhang zum Protokoll von 1978**
- Bekanntmachung der Neufassung des Übereinkommens in der amtlichen deutschen Übersetzung vom 12. März 1996 (BGBl. 1996 II S. 399) -
- II.0.1 - Änderung von 1990 durch Entschließung des Ausschusses für die Meeresumwelt (MEPC.) der IMO (MEPC.39(29)), angenommen am 16. März 1990, und
- Änderung von 1994 (Entschlüsse Nummer 1 bis 3 der Vertragsstaatenkonferenz vom 2. November 1994)
(BGBl. 1996 II S. 977)
- II.0.2 Änderungen von 1995 und 1996 (MEPC.65(37) und MEPC. 68(38))

- Angenommen am 14. September 1995 und am 10. Juli 1996
(BGBl. 1997 II S. 2006)
- II.0.3 Änderung von 1997 (MEPC.75(40))
Angenommen am 25. September 1997
(BGBl. 1999 II S. 18)
- II.0.4 Änderungen von 1999 (MEPC.78(43))
Angenommen am 1. Juli 1999
(BGBl. 2001 II S. 18; VkBli. 2001 S. 328)
- II.1 Zu Anlage I:
Zu Regel 13 G: (- siehe auch oben Nr. I.11. -)
Zu Regel 15 Abs. 3 (a):
Neufassung der Richtlinien für und Anforderungen an Überwachungs- und
Kontrollsysteme für das Einleiten von Öl für Öltankschiffe (Entschl.
A.586(14))
Angenommen am 20. November 1985
(VkBli. 1999 S. 40)
- II.2 Zu Anlage II:
Zu Regel 13: (- siehe auch oben Nr. I.7 -)
Code für den Bau und die Ausrüstung von Schiffen zur Beförderung
gefährlicher Chemikalien als Massengut (BCH-Code) in der Fassung der
Nachträge 1 bis 9 (Entschl.A.212(VII))
Angenommen am 12. Oktober 1972
(BAnz. Nr. 146a vom 9. August 1983)
- 10. Nachtrag (MSC./Rundschreiben 397)
(BAnz. Nr. 226a vom 5. Dezember 1986)
 - Änderung von 1987 (MEPC.20(22))
(BAnz. Nr. 166a vom 8. September 1987)
 - Änderung von 1989 (MEPC.33(27))
(BAnz. Nr. 13a vom 19. Juni 1991)
 - Änderung von 1990 (MEPC.41(29))
(BAnz. Nr. 144a vom 3. August 1994)
 - Änderung von 1992 (MEPC.56(33))
(BAnz. Nr. 67a vom 9. April 1994)
 - Änderung von 1996 (MEPC.70(38))
(BAnz. Nr. 89a vom 14. Mai 1998)
- III. Internationales Freibord-Übereinkommen von 1966 mit Anlage
(BGBl. 1969 II S. 249, 1977 II S. 164)**
Das in Abschnitt B Ziffer VIII genannte Protokoll von 1988 hat
Vorschriften dieses Übereinkommens im Verhältnis zwischen seinen
Vertragsparteien geändert; es ist für alle davon betroffenen Schiffe,
die die Bundesflagge führen, verbindlich.
- IV. Internationales Schiffsvermessungs-Übereinkommen von 1969 mit
Anlage
(BGBl. 1975 II S. 65)**
- V. Übereinkommen vom 15. Februar 1966 über die Eichung von
Binnenschiffen
(BGBl. 1973 II S. 1417)**
- VI. Regeln I/2 Abs. 9, I/4 und I/14 sowie - soweit es sich um die
Verantwortlichkeiten des Schiffseigentümers und des Schiffsführers
nach den §§ 7 bis 9 des Gesetzes handelt - die Kapitel II bis VIII in
Verbindung mit Regel I/1 der Anlage zum Internationalen Übereinkommen**

von 1978 über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten (STCW) (BGBl. 1982 II S. 297);

zuletzt geändert durch die am 7. Juli 1995 angenommene Entschl. 1 der Vertragsstaatenkonferenz
(BGBl. 1997 II S. 1118)

- VI.1 Kapitel VIII des Codes für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten (STCW-Code), Teil A

(Anlagenband zum Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 26 vom 25. Juni 1997, S. 139 (deutsch))

- VII. Artikel 40, 45 Abs. 1 und Artikel 46 der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion vom 22. Dezember 1992 (BGBl. 1996 II S. 1306; 2001 II S. 365, 390)**

B. Für die jeweiligen Vertragsstaaten anwendbare weitere Regeln in multilateralen völkerrechtlichen Vereinbarungen:

- I. Artikel 11 des Internationalen Übereinkommens vom 23. September 1910 zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Hilfeleistung und Bergung in Seenot
(RGBl. 1913 S. 66, 89)
- II. Artikel 3 bis 6 und 9 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 1, 2, 7, 8 und 10 der Anlage IV des Umweltschutzprotokolls vom 4. Oktober 1991 zum Antarktis-Vertrag vom 1. Dezember 1959
(BGBl. 1994 II S. 2478)
- III. Regeln 4 und 5 Abschnitte A bis D sowie F bis G in Verbindung mit Regel 3 der Anlage IV in Verbindung mit Artikel 8 Abs. 1 und Regeln 5 und 6 der Anlage VII in Verbindung mit Artikel 11 Abs. 5 des Übereinkommens vom 9. April 1992 über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes (Helsinki-Übereinkommen)
(BGBl. 1994 II S. 1355, 1397)
- IV. Artikel 7 des Abkommens vom 2. Mai 1992 über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Abkommen)
(BGBl. 1993 II S. 266)
in Verbindung mit
 1. folgenden EWG-Verordnungen:
 - a) Verordnung (EWG) Nr. 613/91 des Rates vom 4. März 1991 zur Umregistrierung von Schiffen innerhalb der Gemeinschaft (ABl. EG Nr. L 68 S. 1) sowie
 - Verordnung (EWG) Nr. 2158/93 der Kommission vom 28. Juli 1993 zur Anwendung von Änderungen des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See sowie des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe für die Zwecke der Verordnung (EWG) Nr. 613/91 (ABl. EG Nr. L 194 S. 5);
 - b) Verordnung (EG) Nr. 2978/94 des Rates vom 21. November 1994 zur Durchführung der IMO-Entschließung A.747(18) über die Vermessung der Ballasträume in Öltankschiffen mit Tanks für getrennten Ballast (ABl. EG Nr. L 319 S. 1);
 - c) Verordnung (EG) Nr. 3051/95 des Rates vom 8. Dezember 1995

über Maßnahmen zur Organisation eines sicheren Schiffsbetriebs von Ro-Ro-Fahrgastfährschiffen (ABl. EG Nr. L 320 S. 14),
geändert durch:

Verordnung (EG) Nr. 179/98 der Kommission vom 23. Januar 1998
(ABl. EG Nr. L 19 S. 35)

2. den in Abschnitt D Nr. 1 bis 4.4, 5, 6 bis 7.1, 8 bis 8.3, 9, 10, 10.1, 11, 12 und 13 genannten Richtlinien
 - V. Übereinkommen vom 28. Februar 1996 über die besonderen Stabilitätsanforderungen an Ro-Ro-Fahrgastschiffe, die regelmäßig und planmäßig in der Auslandfahrt zwischen, nach oder von bestimmten Häfen in Nordwesteuropa und der Ostsee verkehren (Stockholm-Übereinkommen von 1996)
(BGBl. 1997 II S. 540)
 - VI. Artikel I und II in Verbindung mit der Anlage des Protokolls von 1988 zu dem Internationalen Übereinkommen von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See
(BGBl. 1994 II S. 2458 sowie Anlagenband zum BGBl. I Nr. 44 vom 27. September 1994 S. 43)
 - VII. Artikel I und II in Verbindung mit den Anlagen A und B des Protokolls von 1988 zu dem Internationalen Freibord-Übereinkommen von 1966
(BGBl. 1994 II S. 2457 sowie Anlagenband zum BGBl. II Nr. 44 vom 27. September 1994 S. 2)
 - VIII. Bezogen auf die Wasserstraßen der Zonen 1 und 2 (nach Kapitel 1 im Anhang der in Abschnitt D unter Nummer 1 genannten Richtlinie):
Artikel 4 und 5 in Verbindung mit den Anhängen 2 und 3 sowie mit Artikel 1 der Regionalen Vereinbarung über den Binnenschiffahrtfunk vom 6. April 2000
(BGBl. I 2000 II S. 1213)
- C. Internationale Richtlinien und Standards, die bestimmten in Abschnitt A genannten Regeln und Normen zugrunde gelegt werden müssen:**

- I. Zu der Anlage zu SOLAS:
 - I.1.1 Zu Regel II-1/3-3:
Richtlinien für den sicheren Zugang zum Vorschiff von Tankschiffen (MSC.62(67))
Angenommen am 5. Dezember 1996
(VkBl. 1998 S. 169)
 - I.1.2 Zu Regel II-1/3-4:
Richtlinien für Notschleppvorrichtungen auf Tankschiffen (MSC.35(63))
Angenommen am 20. Mai 1994
(VkBl. 2000 S. 610, 615)
 - I.2.1 Zu Regeln II-2/20 und 41-2:
Richtlinien für die inhaltliche Gestaltung von Brandschutz-Plänen und -Handbüchern auf Fahrgastschiffen in der Auslandfahrt nach den Vorschriften der SOLAS-Regeln II-2/20 und II-2/41-2
(Entschl.A.756(18))
Angenommen am 4. November 1993
(VkBl. 1994 S. 549)
 - I.2.2 Zu Regeln II-2/59 und 62:
 - a) Überarbeitete Standards für Konstruktion, Prüfung und Anordnung von flammendurchschlagsicheren Einrichtungen für Ladetanks auf

- Tankschiffen (MSC./Rundschreiben 677 vom 30. Dezember 1994)
(VkBl. 1998 S. 892, Anlagenband B 8119)
- b) Überarbeitete Richtlinien über zu berücksichtigende Faktoren bei der Ausführung von Lüftungs- und Entgasungseinrichtungen von Ladetanks (MSC./Rundschreiben 731 vom 12. Juli 1996)
(VkBl. 1998 S. 892, Anlagenband B 8119)
- I.3 Zu Regel III/28.2:
Empfehlungen für Hubschrauberlandeflächen auf Ro-Ro-Fahrgastschiffen (MSC./Rundschreiben 895)
Angenommen am 4. Februar 1999
(VkBl. 2000 S. 610)
- I.4 Zu Regel V/17:
Lotsenversetzeinrichtungen (Entschl. A.889(21))
Angenommen am 25. November 1999
(VkBl. 2000 S. 409)
- I.5 Zu Regel VI/5.6:
 - a) Richtlinien zur Erstellung des Ladungssicherungshandbuchs (Rundschreiben 1 des Unterausschusses für gefährliche Güter, feste Ladungen und Container (DSC.) der IMO vom 18. Februar 1996)
(BAnz. S. 5452)
 - b) Änderung dieser Richtlinien (MSC./Rundschreiben 745 vom 13. Juni 1996)
(BAnz. S. 10 101)

II. Zu MARPOL:

- II.1 Zu Anlage I:
 - Zu Regel 13B Abs. 2:
Neugefasste Anforderungen an den Entwurf, den Betrieb und die Überwachung von Systemen für Tankwaschen mit Rohöl (Entschl. A.446(XI) in der mit Entschl A.497(XII) geänderten Fassung sowie Entschl. A.897(21))
Angenommen am 15. November 1979, 19. November 1981 und 25. November 1999.
(VkBl. 1998 S. 892, Anlagenband B 8119) sowie VkBl. 2000 S. 526)
*2-
Zu Regel 26:
 - a) Richtlinien für die Erstellung bordeigener Notfallpläne für Ölverschmutzungen (MEPC.54(32))
Angenommen am 6. März 1992
(VkBl. 1994 S. 833)
 - b) Richtlinien für den Aufbau eines integrierten Systems der Eingreifplanung für Notfälle auf Schiffen (Entschl. A.852(20))
Angenommen am 26. November 1997
(VkBl. 1998 S. 892, Anlagenband B 8119)
- II.2 Zu Anlage II:
 - Zu Regel 5 Abs. 2 und 3, Regel 5A Abs. 5 und Regel 8 Abs. 1, 5 bis 7:
Standards für Verfahren und Vorkehrungen für das Einleiten schädlicher Flüssigstoffe (MEPC.18(22))
Angenommen am 5. Dezember 1985

- Änderung von 1994 (MEPC.62(35))
Angenommen am 11. März 1994
(VkBl. 1998 S. 892, Anlagenband B 8119)

II.3 Zu Anlage V:

- Zu Regel 9(2):
Richtlinien für die Aufstellung von Müllbehandlungsplänen
(MEPC.71(38))
Angenommen am 10. Juli 1996
(VkBl. 1997 S. 545)

II.4 Zu Protokoll I:

Allgemeine Grundsätze für Schiffsmeldesysteme und Schiffsmeldeerfordernisse einschließlich Richtlinien für die Meldung von Ereignissen mit gefährlichen Gütern, Schadstoffen und/oder Meeresschadstoffen (Entschl.A.851(20))
Angenommen am 27. November 1997
(VkBl. 1998 S. 892, Anlagenband B 8119)

III. Zu STCW:

III.1 Kapitel VIII des Codes für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten (STCW-Code), Teil B (Anlagenband zum Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 26 vom 25. Juni 1997, s. 139 (deutsch))

III.1.1 Änderung von 1998 (STCW.6/Circ.3)

Angenommen am 22. Mai 1998
(BGBl. 1999 II S. 154, 170)

D. Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften 2):

- Die hier genannten Gemeinschaftsverpflichtungen umfassen nicht die unmittelbar geltenden Verordnungen des Gemeinschaftsrechts. -

1. Bezogen auf die Wasserstraßen der Zonen 1 und 2 (Anhang I Kapitel 1 der nachfolgenden Richtlinie):

Artikel 3 zweiter Anstrich, Artikel 4 Abs. 2, Artikel 5, 17 Abs. 1 bis 3 und Artikel 20 in Verbindung mit Anhang I Kapitel 1, den Anhängen II und III sowie mit Artikel 1 und 2 der Richtlinie 82/714/EWG des Rates vom 4. Oktober 1982 über die technischen Vorschriften für Binnenschiffe
(ABl. EG Nr. L 301 S. 1),

geändert durch:

- 1.1 Artikel 1 und 3 des Vertrages über den Beitritt der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden zur Europäischen Union vom 24. Juni 1994 (ABl. EG Nr. C 241 S. 9) in Verbindung mit Artikel 29 und Anhang I Abschnitt VI Buchstabe C Nr. 2 der Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Österreich, der Republik Finnland und des Königreichs Schweden und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge
(ABl. EG Nr. C 241 S. 21)

- 2) Das Bundesministerium für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen hat den Wortlaut der in diesem Abschnitt aufgeführten Regelungen, soweit sie vor dem 1. Januar 2001 in Kraft getreten sind, im Verkehrsblatt 2001 S. 313,

Anlagenband B 8126 zusammenfassend veröffentlicht.

2. Bezogen auf die Wasserstraßen der Zonen 1 und 2 (Anhang I Kapitel 1 der in Nummer 1 genannten Richtlinie):
Artikel 1 und 7 der Richtlinie 87/540/EWG des Rates vom 9. November 1987 über den Zugang zum Beruf des Unternehmers im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Binnenschiffsgüterverkehr und über die gegenseitige Anerkennung der Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstigen Befähigungsnachweise für diesen Beruf
(ABl. EG Nr. L 322 S. 20)
3. Bezogen auf die Wasserstraßen der Zonen 1 und 2 (Anhang I Kapitel 1 der in Nummer 1 genannten Richtlinie):
Artikel 2, 3 Abs. 1 in Verbindung mit Anhang I Gruppe A und Anhang II sowie mit Artikel 1 der Richtlinie 91/672/EWG des Rates vom 16. Dezember 1991 über die gegenseitige Anerkennung der einzelstaatlichen Schifferpatente für den Binnenschiffsgüter- und -personenverkehr in der Gemeinschaft
(ABl. EG Nr. L 373 S. 29),
geändert durch:
 - 3.1 Artikel 1 und 3 des zu Nummer 1.1 genannten Vertrages in Verbindung mit Artikel 29 und Anhang I Abschnitt VI Buchstabe C Nr. 3 der zu Nummer 1.1 genannten Akte
(ABl. EG Nr. C 241 S. 21)
4. Artikel 6 Abs. 1 und 2, Artikel 9 und 10 in Verbindung mit Anhang I sowie mit Artikel 1 Abs. 2, Artikel 2 Buchstabe b bis k und Artikel 3 der Richtlinie 93/75/EWG des Rates vom 13. September 1993 über Mindestanforderungen an Schiffe, die Seehäfen der Gemeinschaft anlaufen oder aus ihnen auslaufen und gefährliche oder umweltschädliche Güter befördern 3)
(ABl. EG Nr. L 247 S. 19),
geändert durch:
 - 4.1 Artikel 1 der Richtlinie 96/39/EG der Kommission vom 19. Juni 1996 (ABl. EG Nr. L 196 S. 7)
 - 4.2 Artikel 1 der Richtlinie 97/34/EG (ex 97/26/EG) der Kommission vom 6. Juni 1997 (ABl. EG Nr. L 158 S. 40; L 162 S. 56)
 - 4.3 Artikel 1 der Richtlinie 98/55/EG des Rates vom 17. Juli 1998 (ABl. EG Nr. L 215 S. 65)
 - 4.4 Artikel 1 der Richtlinie 98/74/EG der Kommission vom 1. Oktober 1998 (ABl. EG Nr. L 276 S. 7)

- 3) Artikel 2 dieser Richtlinie verweist zusätzlich auf Entschl.A.648(16) der IMO; siehe Anhang 1 in BGBl. 1994 I S. 2246.

5. Bezogen auf die Inbetriebnahme von Sportbooten:
Artikel 2 Abs. 1 und Artikel 4 in Verbindung mit Artikel 1 und den Anhängen II bis IV der Richtlinie 94/25/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 1994 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über Sportboote
(ABl. EG Nr. L 164 S. 15; ABl. EG 2000 Nr. L 41 S. 20)

6. Bezogen auf die Überwachung nach § 1 Nr. 6 des Seeaufgabengesetzes sowie auf die Regelungen über den Wachdienst nach Abschnitt A Nr. VI und VI.1:
 Artikel 3, 4, 5 Abs. 10, Artikel 10 Abs. 2 und 3, Artikel 11 Abs. 1 und 2, Artikel 12 bis 15, 17 bis 21 und 24 in Verbindung mit den Anhängen I und II sowie Artikel 1 und 2 der Richtlinie 2001/25/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. April 2001 über Mindestanforderungen für die Ausbildung von Seeleuten (ABl. EG Nr. L 136 S. 17)
7. Artikel 3, 4 Abs.1, 5 Abs. 1, 6, 10 bis 12, 14 Abs. 1 und 15 in Verbindung mit dem Anhang sowie den Artikeln 1 und 2 der Richtlinie 94/57/EG des Rates vom 22. November 1994 über gemeinsame Vorschriften und Normen für Schiffsüberprüfungs- und -besichtigungsorganisationen und die einschlägigen Maßnahmen der Seebehörden (ABl. EG Nr. L 319 S. 20, 1995 Nr. L 48 S. 26),
 geändert durch:
 7.1 Artikel 1 der Richtlinie 97/58/EG der Kommission vom 26. September 1997 (ABl. EG Nr. L 274 S. 8)
8. Artikel 4 bis 10 Abs. 1 und 3, Artikel 11 bis 16 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit den Anhängen I bis VIII sowie den Artikeln 1 bis 3 der Richtlinie 95/21/EG des Rates vom 19. Juli 1995 zur Durchsetzung internationaler Normen für die Schiffssicherheit, die Verhütung von Verschmutzung und die Lebens- und Arbeitsbedingungen an Bord von Schiffen, die Gemeinschaftshäfen anlaufen und in Hoheitsgewässern der Mitgliedstaaten fahren (Hafenstaatkontrolle) 3a)
 (ABl. EG Nr. L 157 S. 1)
 a) in Verbindung mit:
 8.01 Artikel 1 der Richtlinie 96/40/EG der Kommission vom 25. Juni 1996 zur Erstellung eines einheitlichen Musters für die Ausweise der Besichtigter der Hafenstaatkontrolle (ABl. EG Nr. L 196 S. 8);
 b) eingeführt oder geändert durch:
 8.1 Artikel 1 der Richtlinie 98/25/EG des Rates vom 27. April 1998 (ABl. EG Nr. L 133 S. 19)
 8.2 Artikel 1 der Richtlinie 98/42/EG der Kommission vom 19. Juni 1998 (ABl. EG Nr. L 184 S. 40)
 8.3 Artikel 1 der Richtlinie 1999/97/EG der Kommission vom 13. Dezember 1999 (ABl. EG Nr. L 331 S. 67)

 3a) Die Anhänge IV und V dieser Richtlinie verweisen zusätzlich auf Entschl. A.481(XII), A.744(18) und A.787(19) der IMO.

9. Bezogen auf die Wasserstraßen der Zonen 1 und 2 (Anhang I Kapitel 1 der in Nummer 1 genannten Richtlinie):
 Artikel 1 Abs. 3 erster Anstrich, Abs. 4 und 5 sowie Artikel 9 Abs. 1 in Verbindung mit den Anhängen I und II Kapitel A Teil 1 und Kapitel B der Richtlinie 96/50/EG des Rates vom 23. Juli 1996 über die Harmonisierung der Bedingungen für den Erwerb einzelstaatlicher Schifferpatente für den Binnenschiffsgüter- und

-personenverkehr in der Gemeinschaft
(ABl. EG Nr. L 235 S. 31)

10. Artikel 3 bis 6, 8 bis 13 Abs. 1 und 3, Artikel 14 bis 16 sowie 19
in Verbindung mit den Anhängen A bis D sowie mit den Artikeln 1
und 2 der Richtlinie 96/98/EG des Rates vom 20. Dezember 1996 über
Schiffsausrüstung

(ABl. EG Nr. L 46 S. 25), geändert durch:

10.1 Artikel 1 und 2 der Richtlinie 2001/53/EG der Kommission vom
10. Juli 2001

(ABl. EG Nr. L 204 S. 1)

11. Artikel 3, 5 bis 7 und 11 in Verbindung mit den Anhängen I bis V
sowie mit den Artikeln 1 und 2 der Richtlinie 97/70/EG des Rates
vom 11. Dezember 1997 über eine harmonisierte Sicherheitsregelung
für Fischereifahrzeuge von 24 Meter Länge und mehr 4)

(ABl. EG Nr. L 34 S. 1) geändert durch:

11.1 Artikel 1 der Richtlinie 1999/19/EG der Kommission vom 18.
März 1999

(ABl. EG Nr. L 83 S. 48)

4) Artikel 3 der Richtlinie verweist zusätzlich auf das Protokoll vom 2.
April 1993 zu dem Internationalen Übereinkommen von Torremolinos über die
Sicherheit von Fischereifahrzeugen von 1977 ("Torremolinos-Protokoll")
(VkB1. 1999 S. 142 Anlagenband B 8139)

12. Artikel 4 Abs. 1 und 3, Artikel 5 bis 7, 10, 11 und 13 in
Verbindung mit den Anhängen I und II sowie mit den Artikeln 1 bis
3 der Richtlinie 98/18/EG des Rates vom 17. März 1998 über
Sicherheitsvorschriften und -normen für Fahrgastschiffe 5)

(ABl. EG Nr. L 144 S. 1)

5) Die Richtlinie verweist zusätzlich zu den Bestimmungen dieses Gesetzes auf
Bestimmungen folgender Instrumente der IMO:

1. Entschl.A.123(V) vom 25. Oktober 1967 (vgl. Kapitel II-2 Teil B
Abschnitt 14.3 des Anhangs I der Richtlinie)
2. Entschl.A.167(ES IV) vom 28. November 1968 (vgl. Kapitel II-1 Teil B
Abschnitt 1 des Anhangs I)
3. Entschl.A.206(VII) vom 12. Oktober 1971 (vgl. Kapitel II-1 Teil B
Abschnitt 1 des Anhangs I)
4. Entschl.A.229(VII) vom 12. Oktober 1971 (vgl. Kapitel III Abschnitt
5-2.2 des Anhangs I)
5. Entschl.A.265(VIII) vom 20. November 1973 (vgl. Kapitel II-1 Teil B
Abschnitt 8-1.1 des Anhangs I)
6. Entschl.A.373(X) vom 14. November 1977; Änderung durch Entschließung
MSC.37(63) vom 19. Mai 1994 (vgl. Artikel 6 Abs. 4 Buchstabe a)
7. Entschl.A.562(14) vom 20. November 1985 (vgl. Kapitel II-1 Teil B
Abschnitt 1 des Anhangs I)
8. Entschl.A.686(17) vom 6. November 1991 (vgl. Kapitel II-2 Teil B
Abschnitt 16.3 des Anhangs I)
9. Entschl.A.746(18) vom 4. November 1993 (vgl. Artikel 10 Abs. 4);
hierzu auch Entschl. MSC.83(70) vom 10. Dezember 1998

10. Entschl.A.749(18) vom 4. November 1993 (vgl. Artikel 2 Buchstabe b)
11. Entschl.A.771(18) vom 4. November 1993 (vgl. Kapitel III Abschnitt 5-1.3.3 des Anhangs I)
12. Entschl.A.800(19) vom 23. November 1995 (vgl. Kapitel II-2 Teil B Abschnitt 13.2 und Abschnitt 16.3.1 des Anhangs I)
13. MSC./Rundschreiben 574 vom 3. Juni 1991 (vgl. Kapitel II-1 Teil B Abschnitt 8-1.1 des Anhangs I).

13. Artikel 4 bis 8, 9 Abs. 1, 2 und 5, Artikel 10 Satz 1 und 2 sowie Artikel 14 in Verbindung mit den Artikeln 1 bis 3, 11 und 15 Abs. 1 Satz 2 der Richtlinie 98/41/EG des Rates vom 18. Juni 1998 über die Registrierung der an Bord von Fahrgastschiffen im Verkehr nach oder von einem Hafen eines Mitgliedstaates der Gemeinschaft befindlichen Personen (ABl. EG Nr. L 188 S. 35)
14. - Vorbehaltlich der Zuständigkeiten nach dem Seeunfalluntersuchungsgesetz -:
Artikel 4 bis 13 Abs. 1 und Artikel 13 Abs. 3 bis 5 in Verbindung mit den Anhängen I bis V sowie Artikel 1 bis 3 Abs. 1 und Artikel 19 Abs. 2 der Richtlinie 1999/35/EG des Rates vom 29. April 1999 über ein System verbindlicher Überprüfungen im Hinblick auf den sicheren Betrieb von Ro-Ro-Fahrgastschiffen und Fahrgast-Hochgeschwindigkeitsfahrzeugen im Linienverkehr (ABl. EG Nr. L 138 S. 1) 6)

- 6) Die Richtlinie verweist zusätzlich zu den Bestimmungen dieses Gesetzes auf Bestimmungen folgender Instrumente der IMO:
 1. Entschl. A.746(18) vom 4. November 1993 (vgl. Artikel 4 Abs. 1 der Richtlinie) (vgl. VkB1. 1998 S. 829)
 2. Entschl. A.852(20) vom 27. November 1997 (vgl. Artikel 13 Abs 4) (VkB1. 1998 S. 892, Anlagenband B 8119)
 3. Entschl. A.861(20) vom 27. November 1997 (vgl. Artikel 4 Abs. 1); hierzu auch Entschl. MSC.83(70) vom 10. Dezember 1998.

15. Artikel 6, 7, 9 Abs. 1, Artikel 10 und 11 in Verbindung mit Anhang II und den Artikeln 1 bis 4 und 16 der Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2000 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände (ABl. EG Nr. L 332 S. 81)
- E. Internationale Schiffssicherheitsnormen, die in Deutschland als anwendbare anerkannte Regeln der Technik oder der seemännischen Praxis bekanntgemacht worden sind (§ 6 Abs. 4):
1. Code für den Bau und die Ausrüstung von Schiffen zur Beförderung verflüssigter Gase als Massengut (GC-Code) einschließlich der Nachträge 1 bis 3 (Entschl.A.328(IX))
Angenommen am 12. November 1975
(BAnz. Nr. 146a vom 9. August 1983)
 - 4. Nachtrag (MSC./Rundschreiben 356 vom 13. Juli 1983)
(BAnz. Nr. 226a vom 5. Dezember 1986)
 - Änderungen von 1994 und 1996 (MSC.34(63) und MSC.60(67))
(BAnz. Nr. 89a vom 14. Mai 1998)

2. a) Code für den Bau und die Ausrüstung beweglicher Offshore-Bohrplattformen (MODU-Code 79) (Entschl.A.414(XI)), Angenommen am 15. November 1979,
 - § 10 Abs. 3 der Festlandssockel-Bergverordnung vom 21. März 1989 (BGBl. I S. 554) -
- b) Code für den Bau und die Ausrüstung beweglicher Offshore-Bohrplattformen (MODU-Code 89) (Entschl.A.649(16)) Angenommen am 19. Oktober 1989
 Änderungen von 1991 und 1994 (MSC./Rundschreiben 561 und MSC.38(63))
 (BAnz. Nr. 121a vom 4. Juli 1997)
3. Richtlinien für die sichere Behandlung von Schüttladungen bei der Beförderung mit Seeschiffen (Entschl.A.434(XI))
 Angenommen am 15. November 1979
 sowie MSC./Rundschreiben 507 vom 17. Mai 1989 und
 MSC./Rundschreiben 532 vom 12. Juni 1990
 (BAnz. Nr. 226a vom 6. Dezember 1990 - Neufassung)
 - Änderungen 1991 (MSC./Rundschreiben 554 und 555 vom 20. Juni 1991)
 (BAnz. 1993 S. 810)
 - Änderung 1993 (MSC./Rundschreiben 626 vom 18. Juni 1993)
 (BAnz. 1994 S. 4477)
 - Änderungen 1994 und 1996 (MSC./Rundschreiben 662 vom 22. Dezember 1994 und MSC./Rundschreiben 742 vom 14. Juni 1996)
 (BAnz. 1996 S. 12 621; VkBl. 1997 S. 116)
 - Änderungen von 1999 und 2000 (MSC./Rundschreiben 921 vom 4. Juni 1999 und MSC./Rundschreiben 962 vom 1. Juni 2000) (BAnz. 2001 Nr. 61a; VkBl. 2001 S. 16)
4. IMO-Code über die Sicherheit von Spezialschiffen (Entschl.A.534(13))
 Angenommen am 17. November 1983
 (VkBl. 1993 S. 671)
 - Änderung von 1996 (Überlebensfahrzeuge auf Segelschulschiffen) (MSC./Rundschreiben 739 vom 28. Juni 1996)
 (VkBl. 1996 S. 636)
5. Richtlinien für Sicherungsvorkehrungen bei der Beförderung von Straßenfahrzeugen mit Ro-Ro-Schiffen (Entschl.A.581(14))
 Angenommen am 20. November 1985
 (BAnz. 1988 S. 4439)
 - Änderungen von 1997 (MSC./Rundschreiben 812 vom 16. Juni 1997)
 (VkBl. 1998 S. 892, Anlagenband B 8119)
6. Richtlinien zur Beschaffung und Darstellung von Manövrierinformationen auf Seeschiffen (Entschl.A.601(15))
 Angenommen am 19. November 1987
 (VkBl. 1989 S. 296)
7. Anweisungen für Maßnahmen in Überlebensfahrzeugen (Entschl.A.657(16))
 Angenommen am 19. Oktober 1989
 (VkBl. 1998 S. 892, Anlagenband B 8119)
8. Richtlinien für die Beförderung und Behandlung begrenzter Mengen gefährlicher und schädlicher flüssiger Stoffe als Massengut an

- Bord von Offshore-Versorgern (Entschl.A.673(16))
 Angenommen am 19. Oktober 1989
 (BAnz. 1991 S. 1728)
9. Richtlinien für regelmäßige Übungen zum Verlassen des Schiffes und Brandabwehrübungen auf Fahrgastschiffen (Entschl.A.690(17))
 Angenommen am 6. November 1991
 (VkBl. 1998 S. 892, Anlagenband B 8119)
 10. Richtlinien für Systeme zur Behandlung ölhaltiger Abfälle in Maschinenräumen von Schiffen (MEPC./Rundschreiben 235 vom 13. Dezember 1990)
 (VkBl. 1995 S. 128)
 11. Richtlinien für die Berechnung der Breite der Treppen, die auf Fahrgastschiffen als Fluchtwege dienen (Entschl.A.757(18))
 Angenommen am 4. November 1993
 (VkBl. 1994 S. 687)
 12. Richtlinien über die Sicherheit von geschleppten Schiffen und sonstigen schwimmenden Gegenständen, insbesondere von Anlagen, Bauwerken und Plattformen auf See (Entschl.A.765(18))
 Angenommen am 4. November 1993
 (BAnz. 1994 S. 6996)
 13. Empfehlungen für die Ausrüstung von Massengutfrachtern mit 20.000 tdw Tragfähigkeit und darüber mit Systemen zur Überwachung der Schiffsfestigkeit für eine Verbesserung des sicheren Schiffsbetriebes (MSC./Rundschreiben 646 vom 6. Juni 1994)
 (VkBl. 1995 S. 314)
 14. a) Richtlinien für Sicherheitsanweisungen an Fahrgäste (MSC./Rundschreiben 617 vom 22. Juni 1993)
 (BAnz. 1995 S. 195)
 - b) Richtlinien für Sicherheitsanweisungen an Fahrgäste auf Ro-Ro-Fahrgastschiffen (MSC./Rundschreiben 681 vom 31. Mai 1995)
 (VkBl. 1998 S. 892, Anlagenband B 8119)
 - c) Überarbeitete Richtlinien für Sicherheitsanweisungen an Fahrgäste (MSC./Rundschreiben 699 vom 17. Juli 1995)
 (VkBl. 1998 S. 892, Anlagenband B 8119)
 15. - Unbeschadet Regel V/3 Abs. 1 Satz 1 der Anlage zum STCW-Übereinkommen -
 Mindestanforderungen für die Ausbildung von Personal, das für die Unterstützung von Fahrgästen auf Fahrgastschiffen in Notfallsituationen benannt ist (Entschl. A.865(20))
 Angenommen am 26. November 1997
 (VkBl. 1999 S. 378).
 16. - vorbehaltlich Abschnitt D Nr. 12 (Fußnote 5) für Schiffe, die am 1. April 2001 oder später auf Kiel gelegt werden - Code über die Intakstabilität aller in IMO-Regelwerken behandelten Schiffstypen (Entschl. A.749(18) in der Fassung MSC.75(69))
 Angenommen am 4. November 1993 und 14. Mai 1998
 (VkBl. 1999 S. 164, Anlagenband B 8142)

Fußnoten

Anlage: IdF d. Art. 1 V v. 18.9.1998 I 3013 mWv 1.10.1998, Abschn. D Nr. 4.3, 10, 11 u. 13 mWv 1.1.1999, Abschn. D Nr. 6.1 mWv 25.5.1999, Abschn. A Nr. I.0.1

u. I.0.2 iVm Bek. v. 12.1.1999 II 75 mWv 1.7.1999
Anlage Abschn. A Ziff. I: IdF d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. a V v. 24.8.2001 I 2276
mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. A Ziff. I.0.1 u. I.0.2: IdF d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. a V v.
24.6.1999 I 1462 mWv 1.7.1999
Anlage Abschn. A Ziff. I.0.3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 1 Buchst. b V v.
24.8.2001 I 2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. A Ziff. I.1: IdF d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. b V v. 24.6.1999 I 1462
mWv 3.2.2000
Anlage Abschn. A Ziff. I.2/2: IdF d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. c V v. 24.8.2001 I
2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. A Ziff. I.3: IdF d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. c V v. 24.6.1999 I 1462
mWv 1.7.1999
Anlage Abschn. A Ziff. I.4: IdF d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. d V v. 24.6.1999 I 1462
mWv 1.7.1999
Anlage Abschn. A Ziff. I.7: IdF d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. e V v. 24.6.1999 I 1462
mWv 3.2.2000 u. d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. d V v. 24.8.2001 I 2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. A Ziff. I.11: IdF d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. f V v. 24.6.1999 I 1462
mWv 1.7.1999
Anlage Abschn. A Ziff. I.12: Eingef. durch Art. 1 Nr. 1 Buchst. e V v. 24.8.2001
I 2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. A Ziff. II.0.3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 1 Buchst. g V v.
24.6.1999 I 1462 mWv 1.8.1999
Anlage Abschn. A Ziff. II.0.4: Eingef. durch Art. 1 Nr. 1 Buchst. f V v.
24.8.2001 I 2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. A Ziff. II.1: IdF d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. g V v. 24.8.2001 I 2276
mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. A Ziff. II.2: IdF d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. h V v. 24.6.1999 I 1462
mWv 3.2.2000
Anlage Abschn. A Ziff. III: IdF d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. i V v. 24.6.1999 I 1462
mWv 3.2.2000
Anlage Abschn. A Ziff. VI: IdF d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. j V v. 24.6.1999 I 1462
mWv 1.7.1999
Anlage Abschn. A Ziff. VII: Eingef. durch Art. 1 Nr. 1 Buchst. h V v. 24.8.2001
I 2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. B Ziff. III: IdF d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. a V v. 24.8.2001 I 2276
mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. B Ziff. IV Nr. 1 Buchst. c: IdF d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. b
DBuchst. aa V v. 24.8.2001 I 2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. B Ziff. IV Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. b DBuchst. bb V v.
24.8.2001 I 2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. B Ziff. V: Frühere Ziff. V aufgeh., frühere Ziff. VI jetzt Ziff.
V gem. Art. 1 Nr. 2 Buchst. c V v. 24.8.2001 I 2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. B Ziff. VI u. VII (früher Ziff. VII u. VIII): Eingef. durch Art.
1 Nr. 2 Buchst. b V v. 24.6.1999 I 1462 mWv 3.2.2000; jetzt Ziff. VI u. VII gem.
Art. 1 Nr. 2 Buchst. c V v. 24.8.2001 I 2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. B Ziff. VIII: Eingef. durch Art. 1 Nr. 2 Buchst. d V v. 24.8.2001
I 2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. C Ziff. I/1.1: Früher Ziff. I/1 gem. Art. 1 Nr. 3 Buchst. a V v.
24.8.2001 I 2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. C Ziff. I/1.2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 Buchst. b V v.

24.8.2001 I 2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. C Ziff. I.3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 Buchst. c V v. 24.8.2001
I 2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. C Ziff. I.4: Früher Ziff. I.3 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst.
d V v. 24.8.2001 I 2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. C Ziff. I.5: Früher Ziff. I.4 gem. Art. 1 Nr. 3 Buchst. e V v.
24.8.2001 I 2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. C Ziff. II.1: IdF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. f V v. 24.8.2001 I 2276
mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. C Ziff. III: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 Buchst. g V v. 24.8.2001
I 2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. D Überschrift: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. a V v. 24.8.2001 I
2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. D Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. b V v. 24.8.2001 I 2276 mWv
7.9.2001
Anlage Abschn. D Nr. 1.1: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. c V v. 24.8.2001 I 2276
mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. D Nr. 3.1: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. c V v. 24.8.2001 I 2276
mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. D Nr. 4.2: IdF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. a V v. 24.6.1999 I 1462
mWv 1.7.1999
Anlage Abschn. D Nr. 4.4: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 Buchst. b V v. 24.6.1999 I
1462 mWv 2.11.1999
Anlage Abschn. D Nr. 5: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. d V v. 24.8.2001 I 2276 mWv
7.9.2001
Anlage Abschn. D Nr. 6: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. e V v. 24.8.2001 I 2276 mWv
7.9.2001
Anlage Abschn. D Nr. 8: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. f DBuchst. aa u. bb V v.
24.8.2001 I 2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. D Nr. 8.3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 4 Buchst. f DBuchst. cc V v.
24.8.2001 I 2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. D Nr. 8 Fußnote 3a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 4 Buchst. f DBuchst.
dd V v. 24.8.2001 I 2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. D Nr. 10.1: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. g V v. 24.8.2001 I 2276
mWv 17.2.2002
Anlage Abschn. D Nr. 11: IdF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. e V v. 24.6.1999 I 1462 mWv
31.5.2000
Anlage Abschn. D Nr. 11 Fußnote 4: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. h V v. 24.8.2001
I 2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. D Nr. 12 Fußnote 5: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. i V v. 24.8.2001
I 2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. D Nr. 14: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 Buchst. f V v. 24.6.1999 I
1462 mWv 1.12.2000; idF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. j DBuchst. aa V v. 24.8.2001 I
2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. D Nr. 14 Fußnote 6: Eingef. durch Art. 1 Nr. 4 Buchst. j DBuchst.
bb V v. 24.8.2001 I 2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. D Nr. 15: Eingef. durch Art. 1 Nr. 4 Buchst. k V v. 24.8.2001 I
2276 mWv 7.9.2001
Anlage Abschn. E Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. a V v. 24.8.2001 I 2276 mWv
7.9.2001
Anlage Abschn. E Nr. 14 Buchst. a u. c: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. a V v.

24.6.1999 I 1462 mWv 1.7.1999

Anlage Abschn. E Nr. 15: Eingef. durch Art. 1 Nr. 4 Buchst. b V v. 24.6.1999 I
1462 mWv 1.7.1999

Anlage Abschn. E Nr. 16: Eingef. durch Art. 1 Nr. 5 Buchst. b V v. 24.8.2001 I
2276 mWv 7.9.2001

SchSG Anlage wird von 29 Normen zitiert.

SchSG Anlage wurde durch 5 Normen geändert.